

# Zwischen USA und China droht Handelskrieg

Senat in Washington will auf chinesische Währungsmanipulationen mit Vergeltungszöllen reagieren – Peking warnt vor Protektionismus und Wachstumsabschwächung

PETER DE THIER, Washington

Wachsende Frustration über den durch die chinesische Regierung künstlich verbilligten Yuan und den anschwellenden Fehlbetrag im amerikanischen Aussenhandel hat neue Spannungen zwischen den beiden weltgrößten Volkswirtschaften erzeugt. Im Falle einer weiteren Eskalation, so warnen Experten, wäre ein Handelskrieg möglich, der nicht nur die beiden Kontrahenten betrifft, sondern auch auf die Weltwirtschaft durchschlagen und das globale Wachstum beeinträchtigen könnte.

Kontrastreicher könnte das Bild nicht sein: Während Chinas Wirtschaft unter Dampf steht und Exporteure Überschüsse in Rekordhöhe einfahren, rollt die Konjunkturlokomotive USA nur langsam an und sieht sich mit einem wachsenden Defizit im Austausch mit dem Reich der Mitte konfrontiert. Im August konnten US-Unternehmen in China Waren und Dienstleistungen im Wert von knapp über 8 Mrd. \$ absetzen. Chinesische Exporteure lieferten dagegen für nicht weniger als 37,4 Mrd. \$ Waren und Dienstleistungen in die Vereinigten Staaten. Das ist nur einem Monat akkumulierte bilaterale Defizit von 29 Mrd. \$ ist das höchste aller Zeiten und macht fast zwei Drittel des gesamten Fehlbetrags von 45,6 Mrd. \$ im August aus.

## Prophylaktisches Vorgehen

Wissend, dass die Schräglage im bilateralen Handel sich weiter zuungunsten der heimischen Industrie entwickeln würde, haben sich erzürnte amerikanische Senatoren zu einem prophylaktischen Gegenschlag entschlossen. Sie haben dieser Tage mit klarer Mehrheit einen Gesetzentwurf verabschiedet, der Strafzölle gegen chinesische Unternehmen vorsieht. Der Currency Exchange Rate Oversight Reform Act würde einen Automatismus in Gang setzen, wonach die US-Regierung China und andere Staaten mit künstlich verbilligten Währungen als Wechselkursmanipulatoren brandmarken dürfte und hierauf mit Vergeltungszöllen reagieren müsste.

Das chinesische Handelsministerium reagierte postwendend, warf den USA Protektionismus vor und sprach von einer Gefahr nicht nur für die sino-amerikanischen Beziehungen, sondern für eine fragile globale Erholung, die von einem Handelskrieg zwischen den beiden Wirtschaftsmächten schwer in Mitleidenschaft gezogen würde. Zwar hat John Boehner, der republikanische Fraktionschef im Repräsentantenhaus, erklärt, dass seine Kammer, die das Gesetz ebenfalls absegnen

müsste, es gar nicht erst zu einer Abstimmung kommen lassen will. So oder so aber dokumentiert das Gesetz die wachsende Bereitschaft vieler US-Politiker, einen schärferen Kurs in der Handelspolitik zu steuern und im Bedarfsfall ebenfalls mit Protektionismus zu reagieren. Vor dem Hintergrund der anlaufenden Präsidentschaftskampagne sowie der Bemühungen führender Senatoren und Abgeordneter, bei den im November des kommenden Jahres stattfindenden Kongresswahlen im Amt zu bleiben, ist unklar, ob die Akteure in Washington den Konflikt weiter eskalieren lassen werden oder vielmehr um eine Entschärfung bemüht sind.

Senator Charles Schumer, einer der Mitverfasser und stärksten Befürworter des offenkundig gegen China gerichteten Gesetzentwurfs, spricht von «Millionen neuer Stellen», die in den USA entstehen würden, wenn Peking amerikanische Exporteure nicht einen direkten Nachteil als Folge der verzerrten Wechselkursrelationen erleiden lassen würde. Schumer will während der kommenden Monate die bilaterale Handelsbeziehungen zu einem zentralen Thema in der wirtschaftspolitischen Diskussion aufrücken lassen. Er zählt zu einer Handvoll einflussreicher Kongressmitglieder, die sich nicht

scheuen, von einem «drohenden Handelskrieg» zu sprechen.

Abgeklärter werden die Dinge von Nationalökonominnen und anderen Experten gesehen. Nicht weniger als fünfzig Wirtschaftsverbände warnten in einem offenen Brief an die demokratischen und die republikanischen Fraktionschefs im Senat vor den «kontraproduktiven Folgen» der angedrohten Vergeltungsschläge.

## Plädoyer für Gesamtschau

Ihre Begründung: Statt sich ausschliesslich auf Pekings Währungsmanipulation zu konzentrieren, sollten bilaterale Verhandlungen vielmehr darauf abzielen, den Gesamtkomplex wettbewerbsverzerrender Massnahmen vonseiten der Chinesen in Angriff zu nehmen. Dazu zählen die Verbände ausserdem beschränkten Marktzutritt für US-Unternehmen und andere Dauerbrenner, beispielsweise den inadäquaten Schutz von Patentrechten und anderem geistigen Eigentum sowie die ausgesprochen schleppenden Fortschritte bei der Liberalisierung von Finanzdienstleistungen.

Auch weisen Gegner der anvisierten Vergeltungsmassnahmen auf die potenziell gravierenden Konsequenzen für die

amerikanische Wirtschaft hin. Anzunehmen wäre nämlich, dass die Strafzölle die beliebtesten und in vielen Fällen teuersten Konsumgüter und Hilfsprodukte treffen würden, von Computern und Halbleitern über Telekommunikation bis hin zu Videorekordern und Textilien. Die Folge wäre eine Verteuerung von Produkten im Wert von über 100 Mrd. \$, die angesichts der wachsenden Unsicherheit am Arbeitsmarkt die ohnehin schon getrübt Kaufkraft der Verbraucher weiter dämpfen könnte. Steigende Preise wiederum könnten der US-Notenbank als Anlass dienen, ihre bis Mitte 2013 festgeschriebene Nullzinspolitik zu überdenken.

Hinzu kommt, dass, wenn China selbst mit neuen Zöllen oder Marktzutrittsbeschränkungen reagiert, dies US-Multis wie General Motors (GM) und Ford, deren strategische Planung auf den chinesischen Wachstumsmarkt setzt, einen Knüppel zwischen die Beine wirft. «Strafzölle sind schlicht der falsche Weg, um Wechselkursmanipulationen anzupacken», sagte US-Finanzminister Timothy Geithner, der ebenso wie Präsident Barack Obama von dem Säbelgerassel nichts wissen will. Auch Geithner muss aber eingestehen, selbst keine gangbare Alternative zu haben.

## China auf der Anklagebank

Während im amerikanischen Kongress eine handelspolitische Drohkulisse gegenüber China aufgebaut wird, gehen sieben US-Hersteller von Solarpaneelen in die Offensive: Sie haben vergangene Woche in Washington eine Klage eingereicht, in der sie ihren chinesischen Konkurrenten vorwerfen, staatliche Subventionen in Milliardenhöhe dafür einzusetzen, in den Vereinigten Staaten Marktanteile zu gewinnen. Die Amerikaner behaupten zudem, die Chinesen würden Dumping anwenden – also Solarpaneele in den USA für weniger als die kumulierten Kosten für Produktion und Transport verkaufen.

In der Klage verlangen die US-Unternehmen vom Handelsdepartement, das den Fall gemäss amerikanischen Gesetzen aufnehmen und entscheiden muss, dass es auf den Grosshandelspreis von Solarpaneelen aus China einen Strafzoll von gut über 100% schlägt. Damit soll das chinesische Dumping kompensiert werden. Dazu sollen noch weitere unbefristete Zölle kommen, um die Subventionen durch Peking auszugleichen.

China exportiert 95% seiner Solarpaneele – einen Grossteil davon in die USA. Das hat dort dazu geführt, dass die Grosshandelspreise von 3.30 \$ pro Watt Kapazität 2008 auf 1.20 \$ heute gesunken sind.

Der Preissturz blieb nicht ohne Folgen in den USA. Drei Solarenergieunternehmen mussten in diesem Sommer Konkurs anmelden, weil sie den Preiskrieg nicht mehr mitmachen konnten. Die verbleibenden Solarproduzenten mussten Personal entlassen und Fabriken schliessen.

Die Klage wurde von Solar World Industries America, dem grössten Produzenten konventioneller Solarpaneele in den USA, orchestriert. Sie trat als Einziges der sieben Unternehmen an die Öffentlichkeit. Die anderen blieben aus Angst vor chinesischer Vergeltung anonym. Denn der Solarhandel zwischen den USA und China ist keine Einbahnstrasse. Die Vereinigten Staaten importierten 2010 für 1,4 Mrd. \$ Solarprodukte aus dem Reich der Mitte, aber exportierten Solarfabrikarüstung und Rohstoffe für die Solarproduktion in der Höhe von 1,7 Mrd. \$ dorthin.

Im Übrigen subventioniert auch die US-Regierung die Solarindustrie: 2010 betrug die staatlichen Zuschüsse 1,1 Mrd. \$. Solar World selbst ist gegenwärtig drauf und dran, eine Forschungsbeihilfe von 4 Mio. \$ zu erhalten. **MG**



US-Hersteller werfen ihren Konkurrenten aus China unter anderem vor, Solarpaneele in den USA zu Dumpingpreisen auf den Markt zu bringen.

# Dank höherer Ölpreise sprudeln die Gewinne der Energiemultis

BP sieht sich nach der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko an einem Wendepunkt – Will wieder mit Aktienrückkäufen beginnen und die Dividende erhöhen

MARTIN GOLLMER

Die gegenüber der Vergleichsperiode im Vorjahr höheren Ölpreise im dritten Quartal 2011 zeigen Wirkung: Die Energiemultis, die diese Woche über ihr Dreimonatsergebnis berichten, können alle substanziiell höhere Gewinne ausweisen. BP die ihr Resultat am Dienstag meldete, steigerte den Überschuss von 1,8 auf 4,9 Mrd. \$. Der britische Konzern, der durch den katastrophalen Unfall auf der Bohrinsel «Deepwater Horizon» im Golf von Mexiko im April 2010 stark zurückgeworfen wurde, sieht sich an einem «Wendepunkt», wie sich CEO Bob Dudley in einer Medienmitteilung zitieren liess.

## Noch mehr Verkauf von Assets

Öl der Nordseesorte Brent notierte im dritten Quartal 2011 im Vorjahresvergleich 46% höher auf einem durchschnittlichen Niveau von 112.09 \$. Der Gewinnprung von BP ist allerdings nicht einzig eine Folge der höheren Ölpreise. Er ist auch auf die Vorsteuerbelastung von 7,7 Mrd. \$ zurückzuführen, die der Multi im dritten Quartal 2010 wegen der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko buchte. Der um Einmalkosten und Änderungen beim Lager-

bestand bereinigte Überschuss von BP ging denn auch von 5,5 auf 5,3 Mrd. \$ zurück. Gründe sind eine rückläufige Produktion und höhere Wartungskosten. Der Konzern trennt sich derzeit von Ölfeldern und Förderkapazitäten, um die Kosten des Öldesasters bezahlen zu können. Für Letzteres sind im vergangenen Jahr rund 40 Mrd. \$ zurückgestellt worden.

Der Verkauf von Assets soll nun noch von 30 auf 45 Mrd. \$ ausgeweitet werden. BP versucht dabei, sich von Projekten mit schwacher Leistung zu trennen und den

Ertrag in Vorhaben zu stecken, die bessere Wachstumschancen bieten. Bisher hat das Unternehmen Assets im Gesamtbetrag von über 25 Mrd. \$ abgestossen.

Der Cashflow aus Betriebstätigkeit belief sich im dritten Quartal 2011 auf 6,9 Mrd. \$. Im gleichen Zeitraum des Vorjahrs hatte noch ein Mittelabfluss von 652 Mio. \$ resultiert. Die Konzentration auf höhermargige Projekte soll nicht ohne Folgen für den Cashflow bleiben. BP erwartet, dass er bis 2014 rund 50% steigen wird. Gleichzeitig kündigte der Multi an, dass er

ein Aktienrückkaufprogramm wieder aufnehmen und ab nächstem Jahr auch höhere Dividenden an die Aktionäre ausschütten werde.

Die Öl- und Gasproduktion ging im Vorjahresvergleich 12% auf täglich 3,3 Mio. Fass Öläquivalente zurück. Im vierten Quartal soll die Förderung wieder steigen – aber vorerst nur leicht auf 3,4 Mrd. Fass pro Tag. «Oktober 2011 markiert einen Wendepunkt in unserem Öl- und Gasoutput», erklärte BP-CEO Dudley.

Der Multi plant, das Budget für die Exploration neuer Öl- und Gasquellen in den nächsten Jahren zu verdoppeln. In der vergangenen Woche erhielt BP die Zustimmung zu den ersten Bohrplänen im Golf von Mexiko seit der Ölkatastrophe. Bis Ende Jahr sollen dort wieder fünf Bohrinseln in Betrieb sein.

Die Anleger reagierten erfreut darauf, dass BP auf bestem Weg ist, die betrieblichen und finanziellen Folgen der Ölkatastrophe hinter sich zu bringen und nun zu neuen Ufern aufbrechen kann. Die Aktien legten am Dienstag nach Bekanntgabe des Quartalsergebnisses bis Mitte Nachmittag 3,3% auf 452,65 Pence zu. Sie notieren allerdings immer noch 30% unter dem Hoch, das sie am Tag vor dem Unfall im Golf von Mexiko erreicht hatten. Wesent-

licher Grund dafür ist, dass die juristische Aufarbeitung der Ölkatastrophe noch nicht abgeschlossen ist und die Verantwortlichkeiten der verschiedenen Beteiligten noch nicht geklärt sind. Aus dieser Aufarbeitung können noch – je nach dem, wie schwer die Vergehen von BP und Co. eingestuft werden – Bussen in der Höhe von mehreren Milliarden Dollar resultieren. Mit diesem Risiko müssen Anleger rechnen, wenn sie das immer noch tiefe Kursniveau zum Einstieg nutzen wollen.

## Flüssiggas bringt mehr ein

Diese Woche berichten weitere Schwergewichte der Öl- und Gasbranche über die Monate Juli bis September: Conoco Phillips am Mittwoch, Exxon Mobil und Royal Dutch Shell am Donnerstag sowie Chevron am Freitag. Für Conoco und Exxon erwarten die Analysten einen Gewinnprung in der Grössenordnung von 30, für Shell von 50 und für Chevron von sogar 80%. Der Ausreisser bei Chevron ist darauf zurückzuführen, dass der Grossteil ihrer Produktion aus Öl und international gehandeltem Flüssiggas besteht, wobei vor allem Letzteres teurer abgesetzt werden kann als das in den USA geförderte und verkaufte Gas.

